

QUO VADIS EUROPA?

29. November 2011

Quelle: LIENHARD SCHMIDT, Hamburg

Der Eindruck verfestigt sich, dass die Massierung von bislang nicht gelösten Mega-Problemen wie insbesondere die Dimensionen der in den meisten Industriestaaten kaum noch fassbaren Überschuldung der öffentlichen Hand, aber auch die immer gewaltiger werdenden Summen für Bürgschaften oder Zahlungen mit neu geborgtem oder neu gedrucktem Geld bei den Euro-Rettungsversuchen die Krisenbewältigungsfähigkeit der politischen Entscheidungsträger offenbar überfordert.

Der Vertrauensverlust, den die Politik bei der Masse der Bevölkerung erlitten hat, ist unübersehbar. Bei den bisherigen Euro-Rettungsversuchen wurden Brüche bestehender Vereinbarungen (Maastricht und Lissabonverträge) in Kauf genommen. Unser Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass Änderungen unserer Verfassung und auch der vertraglichen Abmachungen in der EU notwendig würden, wenn wesentliche Abweichungen von bislang gültigen Rechtsgrundlagen geplant sind.

Als Einstieg in neue Krisenlösungsmodelle propagieren Paris(Sarkozy) und Berlin(Merkel) für Euroländer die Etablierung einer Fiskalunion im Eilverfahren. Parallel soll eine Verschärfung des „Stabilitätspaktes“ erfolgen, das kann das ESM-Projekt sein, mit unbegrenzten Vollmachten für einen „Gouverneursrat“, oder ist es ein letzter Versuch, dem Maastricht-Lissabon-Konzept mit automatischen Sanktionen im Fall von Verstößen gegen den Pakt mehr Rückhalt zu geben?

Doch steht uns wohl eher ein Politikwandel mit weitreichenden Veränderungen des „Herrschaftssystems“ der EU ins Haus. So eine Absicht kann zur Schicksalsfrage für die Zukunft der EU werden. Eine Übertragung des Rechtes, den nationalen Haushalt zu bestimmen, an ein zentrales Organ in der EU-Administration bedeutet das Ende der Souveränität unseres Bundestages als der bedeutendsten Säule unserer demokratischen Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative.

Allein hier wird schon deutlich, dass es zurzeit in Deutschland und in Europa um weit mehr geht, als einen stabilen Euro und einen nachhaltigen Abbau der Überschuldung. Geht es nicht vor allem um eine drastische Verlagerung politischer Macht auf die Zentrale der EU in Brüssel? Vieles deutet daraufhin, dass eine Mehrzahl von Politikern nicht nur eine Fiskalunion, sondern auch komplizierte Modelle einer Schuldenhaftungsgemeinschaft und zentral gesteuerte Wirtschaftspolitik mit der EZB

als Staatenfinanzier durch Gelddrucken und Eurobonds als Voraussetzung erfolgreichen Krisenmanagements betrachtet.

Dass sich hier Einfallstore öffnen für unkontrollierbares Wachsen ohnehin grassierender Inflation wird übersehen, kein Wunder bei einer Grundeinstellung, die Krisen durch Aufnahme neuer Schulden zu bewältigen sucht.

Ob Experimente dieser Art eine unanfechtbare politische Legitimation erlangen können, ist eine offene Frage. Werden die 17 Eurostaaten und die weiteren 10 eurofreien EU-Mitglieder die Etablierung eines Systems hinnehmen, das ihre Souveränität minimiert, mit der Dampfwalze der Gleichmacherei Leistungskraft normiert und somit Wettbewerbsfähigkeit schwächt oder tötet? Das kann doch nicht im Ernst eine Antwort sein auf die sich massiv verändernde Wettbewerbslandschaft im globalen Kontext !

Und schließlich ganz entscheidend: wie unsozial ist eine Politik, deren Folgen ja letzten Endes vom Volk zu tragen sind? Jörg Eigendorf kommt im Leitartikel der WELT vom 26.November hier genau auf den Punkt: "Wohlhabende Menschen haben die Chance, sich vor der Inflation zu schützen. Sie machen Schulden, erwerben Sachgüter.

Wer aber künftig von Pensionsleistungen des Staates oder seiner Lebensversicherungen abhängig ist, der wird verlieren. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Bürger gegen diese heimliche Enteignung vorgehen." Hierzu gäbe es noch manches mehr zu sagen. Der soziale Friede ist ein Gut, das bislang in Deutschland nicht ernstlich gefährdet war, nicht zuletzt ein Ergebnis praktizierter sozialer Marktwirtschaft. Aber der über die Jahre erzielte Wohlstand für fast alle kann durch falsche Weichenstellung der Politik zum Notstand für viele degenerieren.

Mitte Oktober schrieb Herbert Kremp in der WELT einen Leitartikel „Europa neu denken“. Ich glaube, er spricht Millionen aus dem Herzen, wenn er die versuchte totale „Integration“ von 27 unvereinbaren Staatsentitäten als Mutter aller Krisen bezeichnet.

Ich zitiere einige Kernsätze aus seinem Aufruf: „Die(Europäische-)Union hat ein Schicksal und 27 verschiedene Entitäten, worunter Nationalsouveränitäten, Wesensarten und Wirtschaftsweisen zu verstehen sind, die sich nicht nach Backstubenart formen lassen.

Die kalte Methode, sie für gleichmachbar zu halten, lässt manchmal die Erinnerung an den Ostblockrat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) wach werden.“

Herbert Kremp berührt mit der letzten Bemerkung eine Achillesferse im Verhalten der Führungsgarde in EU-Kommission und Ministerrat. Zu oft war Gleichschaltung das meist auch zu entsprechenden Verordnungen führende Ziel.

Dabei ist auch viel Unsinniges zum Gesetz geworden, vieles, was u.a. auch der Europäische Rechnungshof als unnütze Kosten verursachende Fehlentscheidung meist leider erfolglos gerügt hatte. Der Eindruck, dass hier Gängelung um der Gängelung willen eigentlich Sinn und Zweck der EG/EU zuwiderlaufen, hat vor einigen Jahren zur Bildung eines Aufräumkommandos unter Leitung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber geführt. Ein Erfolgsbericht liegt soweit nicht vor. Er passt natürlich heute nicht so recht in den „mainstream“ organisatorischer Umformungskonzepte einer machthungrigen Eurokratur.

Wer eine starke im globalen Wettbewerb erfolgreiche europäische Staatengemeinschaft will, sollte die Dampfwalze der Gleichmacherei unverzüglich verschrotten und gerade aus der Vielfalt der unterschiedlichen Eigenschaften, Fähigkeiten und Traditionen optimalen Nutzen ziehen. Nicht der einzige, aber ein nützlicher Weg, wäre hier die Förderung und breiteste Anwendung der Möglichkeiten, welche die Grundsätze über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 5 des EU-Vertrages von Lissabon (wie vorher schon Art.5 des EG Vertrages) bieten. In Bereichen, die zentral gesteuerter Problemlösung bedürfen, z. B. Gemeinsamer Sicherheits- und Außenpolitik(GASP), wäre allerdings eine rechtlich einwandfreie Grundlage erforderlich – etwa nach dem Modell von Montesquieus Gewaltenteilung.

Eine solche Basis geben die bisherigen EU-Verträge und Praktiken nicht her, was Machtmißbrauch geradezu vorprogrammiert und GASP zur lahmen Ente macht.

Welche Institutionen oder Gremien auch immer Entscheidungsmacht in Europa ausüben suchen, geradezu verheerend dürfte sich der Eindruck auswirken, dass je größer die Dimensionen der zu lösenden Probleme werden, je überstürzter Entscheidungen durchgeboxt werden, die den Realitäten nicht gerecht werden. Gläubigkeit an unzureichend geprüfte Hypothesen, mangelnde Tiefe und Sorgfalt von Recherchen lassen Regierungsmächtige immer wieder in die Falle laufen: was heute für richtig gehalten wird, muss morgen schon berichtigt werden. Solche Medizinien dürften sich sowohl für einen stabilen Euro als auch für ein starkes Europa als Gift erweisen.

Die Abgabe der Souveränität der EU-Mitglieder an einen Gouverneursrat mit unbegrenzten Vollmachten, einer Art Zentralkomitee mit Arbeitsgruppen für Spezialaufgaben, steht als Menetekel an der Wand. Werden die Völker Europas rechtzeitig begreifen, dass wir unser Demokratisches System den Traamtänzern des Zentralismus keinesfalls opfern dürfen?

Werden dem Gemeinwohl verpflichtete, verantwortungsbewußte Persönlichkeiten den Menschen im Lande jene Aufklärung vermitteln können, derer es bedarf, um die Völker nicht zu Opfern demagogischer Täuschungsmanöver werden zu lassen?

Europa hat genug gelitten unter Diktaturen jeglicher Couleur, der Erhalt der freiheitlichen Demokratie braucht das volle Engagement aller Demokraten heute!